

Somatoforme Schmerzstörungen

Rentenzusprechung nur noch in Ausnahmefällen

Das Bundesgericht hat seine Rechtsprechung zur Invalidität bei Schmerzzuständen ohne nachweisbare organische Ursache in den letzten Jahren verschärft. Neu wird bei solchen Diagnosen nur noch in Ausnahmefällen eine Invalidität angenommen. Mit Inkrafttreten der 6. IV-Revision können frühere Rentenzusprachen zudem an die strengere Rechtsprechung angepasst werden.

Die somatoforme Schmerzstörung bezeichnet körperliche Beschwerden, für die trotz medizinischer Diagnostik keine eindeutigen körperlichen Ursachen gefunden werden können.¹ Unter der anhaltenden somatoformen Schmerzstörung (ICD-10 F45.4) versteht man einen andauernden, schweren und quälenden Schmerz, der durch einen physiologischen Prozess oder eine körperliche Störung nicht vollständig erklärt werden kann. Als Ursache des Schmerzes gilt vielmehr ein emotionaler Konflikt oder eine psychosoziale Belastung.

Verschärfung der Rechtsprechung

Die Rechtsprechung fasst die somatoformen Schmerzstörungen als psychisches Leiden auf. Bis vor etwa zehn Jahren wurden sie von der Rechtspraxis oft wie andere psychische Störungen behandelt. Für die Rentenzusprechung wurde in der Regel ein psychiatrisches Gutachten verlangt, in dem eine somatoforme Schmerzstörung diagnostiziert und eine Arbeitsunfähigkeit attestiert worden war.² In der amtlichen Sammlung veröffentlichte Entscheide finden sich indes kaum. Das Bundesgericht ging schon immer von einem objektivierten Zumutbarkeitsbegriff aus und verlangte bei einer durch einen psychischen Gesundheitsschaden verursachten Erwerbsunfähigkeit, dass an-

zunehmen sei, die Verwertung der Arbeitsfähigkeit sei der versicherten Person sozialpraktisch nicht mehr zumutbar oder – als alternative Voraussetzung – sogar für die Gesellschaft untragbar.³

Im Jahr 2001 präzisierte das Bundesgericht in einem Leiturteil, dass eine psychische Krankheit erst dann eine Invalidität bedeute, wenn die – nach objektiven Massstäben vorzunehmende – Beurteilung ergeben habe, dass der versicherten Person die Ausübung einer Erwerbstätigkeit trotz des Leidens nicht mehr zumutbar sei (BGE 127 V 294). Eine unzumutbare Willensanstrengung und damit eine Invalidität sind dabei nach Bundesgericht von vorneherein dann zu verneinen, wenn das Beschwerdebild einzig auf belastende psychosoziale oder soziokulturelle Faktoren zurückzuführen ist. Nach Bundesgericht bedarf es für die Annahme einer Invalidität vielmehr eines von diesen Faktoren zu unterscheidenden psychiatrischen Befunds, der die Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit begründet. Diese fachärztlich festgestellte psychische Störung von Krankheitswert muss umso ausgeprägter vorhanden sein, je stärker psychosoziale oder soziokulturelle Faktoren im Einzelfall in den Vordergrund treten und das Beschwerdebild mitbestim-

men.⁴ Damit sprach das Bundesgericht der Diagnose der somatoformen Schmerzstörungen, deren Ursache definitionsgemäss emotionale Konflikte oder psychosoziale Belastungen sind, die Eignung zur

In Kürze

- > Die jüngere Rechtsprechung nimmt bei somatoformen Schmerzstörungen und ähnlichen Diagnosen nur noch in Ausnahmefällen eine Invalidität an
- > Mit Inkrafttreten der 6. IV-Revision wird es möglich, laufende Renten, die vor dem 1. Januar 2008 wegen somatoformer Schmerzstörungen, Fibromyalgien und ähnlichen Sachverhalten zugesprochen wurden, an die neue Rechtsprechung anzupassen

Begründung einer Invalidität ab, solange nicht gleichzeitig ein davon unterscheidbares psychisches Leiden bestand, das für die Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit verantwortlich war.

⁴ Urteil des Bundesgerichts vom 5. Oktober 2011, BGE 127 V 294 Ew. 5.

Autorin

Elisabeth Glättli
Rechtsanwältin/
Mediatorin SAV,
glättli partner



¹ Vgl. auch BGE 130 V 396 Erw. 6.1.

² Vgl. auch BGE 130 V 35 Erw. 2.2.2.

³ BGE 102 V 65 (Urteil vom 6. Oktober 1976).

Im Jahr 2004 führte das Bundesgericht diese Rechtsprechung weiter und stellte für die Annahme einer Invalidität bei somatoformen Schmerzstörungen klare (einschränkende) Regeln auf (BGE 130 V 352). So hielt das Gericht ausdrücklich fest, dass somatoforme Schmerzstörungen in der Regel keine lang andauernde, zu einer Invalidität führende Einschränkung der Arbeitsfähigkeit zu begründen vermöchten.⁵ Vielmehr bestehe eine Vermutung, dass die somatoforme Schmerzstörung oder ihre Folgen mit einer zumutbaren Willensanstrengung überwindbar seien.⁶ Die – nur in Ausnahmefällen anzunehmende – Unzumutbarkeit einer willentlichen Schmerzüberwindung und eines Wiedereinstiegs in den Arbeitsprozess setze entweder

- das Vorliegen einer zusätzlich mitwirkenden psychischen Erkrankung von erheblicher Schwere, Intensität, Ausprägung und Dauer voraus, oder aber
- das Vorhandensein anderer qualifizierter, mit gewisser Intensität und Konstanz erfüllter Kriterien, wie etwa
 - 1 chronische körperliche Begleiterkrankungen und mehrjähriger Krankheitsverlauf bei unveränderter oder progredienter Symptomatik ohne längerfristige Symptomsabschwächung (Remission);

⁵ Urteil des Bundesgerichts vom 12. März 2004, BGE 130 V 352. Wiewohl im Ergebnis nachvollziehbar, ist die Begründung für diese Annahme indes knapp ausgefallen.

⁶ Urteil des Bundesgerichts vom 16. März 2004, BGE 131 V 49.

- 2 ein ausgewiesener sozialer Rückzug in allen Belangen des Lebens;
- 3 ein verfestigter, therapeutisch nicht mehr angehbarer innerseelischer Verlauf einer an sich missglückten, psychisch aber entlastenden Konfliktbewältigung (primärer Krankheitsgewinn beziehungsweise «Flucht in die Krankheit»); oder schliesslich
- 4 unbefriedigende Behandlungsergebnisse trotz konsequent durchgeführter ambulanter und/oder stationärer Behandlungs Bemühungen (auch mit unterschiedlichem therapeutischem Ansatz) und gescheiterte Rehabilitationsmassnahmen bei vorhandener Motivation und Eigenanstrengung der versicherten Person.⁷

Die auf BGE 130 V 352 zurückgehende Rechtsprechung wird als Schmerzstörungspraxis, Zumutbarkeitspraxis oder Überwindbarkeitspraxis bezeichnet.⁸

Präzisierung des Invaliditätsbegriffs

Die geänderte Rechtsprechung führte im Rahmen der 5. IVG-Revision auch zu einer Präzisierung des gesetzlichen Invaliditätsbegriffs von Art. 7 ATSG. Nach der bisherigen Definition der Erwerbsunfähigkeit als «der durch Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit verursachte und nach zumutbarer Behandlung und Eingliederung ver-

⁷ BGE 130 V 352 Erw. 2.2.3; BGE 131 V 49 Erw. 1.2.

⁸ BGE 137 V 199 Erw. 2.2.

bleibende ganze oder teilweise Verlust der Erwerbsmöglichkeiten» wird in Abs. 2 von Art. 7 ATSG neu präzisiert: «Für die Beurteilung des Vorliegens einer Erwerbsunfähigkeit sind ausschliesslich die Folgen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zu berücksichtigen. Eine Erwerbsunfähigkeit liegt zudem nur vor, wenn sie aus objektiver Sicht nicht überwindbar ist.» Damit sollte zum einen das bio-psychische Krankheitsmodell der sozialversicherungsrechtlichen Rechtsprechung, zum anderen der objektivierte Zumutbarkeitsbegriff gesetzlich verankert werden.⁹

Weitere Urteile

In weiteren Entscheiden wandte das Bundesgericht die für die somatoformen Schmerzstörungen entwickelte Praxis auch mit Bezug auf die invalidisierende Wirkung von Fibromyalgien¹⁰, der Neurasthenie (Chronic Fatigue Syndrom)¹¹ oder von dissoziativen Sensibilitäts-, Entwicklungs- und Bewegungsstörungen¹² an. Auf beson-

⁹ Vgl. Ulrich Meyer, Der Rechtsbegriff der Arbeitsunfähigkeit und seine Bedeutung in der Sozialversicherung, namentlich für den Einkommensvergleich in der Invaliditätsbemessung, in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Schmerz und Arbeitsunfähigkeit, Schriftenreihe des Institutes für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis, Band 23, St. Gallen 2003, Randziffer 10 und Randziffer 59.

¹⁰ BGE 132 V 65.

¹¹ Urteile 9C_662/2009 vom 17. August 2010 Erw. 2.3; I 70/07 vom 14. April 2008 E. 5, vgl. BGE 136 V 279 Erw. 3.2.1 mit Hinweisen.

¹² Urteil I 9/07 vom 9. Februar 2007 E. 4, Urteil 9C_903/2007 vom 30. April 2008 E. 3.4, vgl. BGE 136 V 279 Erw. 3.2.1 mit Hinweisen.

deren Nachhall stiess ein weiteres Leiterteil des Bundesgerichts vom 30. August 2010, in dem es entschied, die Schmerzstörungspraxis auch bei der Beurteilung der Invalidität infolge Verletzungen der Halswirbelsäule (HWS, «Schleudertrauma») ohne organisch nachweisbare Funktionsausfälle anzuwenden. Im gleichen Entschcheid hielt das Bundesgericht weiter fest, es sei aus Gründen der Rechtsgleichheit geboten, sämtliche medizinisch nicht erklärbaren Beschwerdebilder ohne nachweisbare organische Grundlage ebenfalls für die Annahme einer Invalidität bei somatoformen Schmerzstörungen aufgestellten Regeln zu unterstellen.¹³ Mit Urteil

¹³ BGE 136 V 279 Erw. 3.2.3 (Urteil vom 30. August 2010).

vom 25. Februar 2011 wandte das Bundesgericht seine Rechtsprechung weiter mit Bezug auf die nichtorganische Hypersomnie unklarer Ursache an.¹⁴

6. IV-Revision

Laufende Renten, die gestützt auf die bisherige Rechtsprechung aufgrund von organisch nicht erklärbaren Schmerzzuständen zugesprochen worden waren, können nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung weder gestützt auf die geänderte Rechtsprechung des Bundesgerichts noch gestützt auf den geänderten Art. 7 Abs. 2 ATSG angepasst werden.¹⁵

¹⁴ BGE 137 V 64.

¹⁵ BGE 135 V 201 (Urteil vom 26. März 2009) und BGE 135 V 215 (Urteil vom 1. Mai 2009).

Dies soll sich nun mit der 6. IV-Revision ändern. In der 6. IV-Revision wird eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Überprüfung und Anpassung laufender Renten geschaffen, die vor dem 1. Januar 2008 infolge somatoformer Schmerzstörungen, Fibromyalgien und ähnlicher Sachverhalte ausgesprochen worden waren. Solche Renten werden gemäss der Schlussbestimmung a. der 6. IV-Revision innerhalb von drei Jahren nach der Änderung überprüft. Ergibt die Überprüfung, dass die Erwerbsunfähigkeit aus objektiver Sicht überwindbar ist, so wird eine Invalidität verneint und die Rente für die Zukunft herabgesetzt oder aufgehoben. Die Revision soll im Jahr 2012 in Kraft treten. ■

Troubles douloureux somatoformes

Octroi d'une rente uniquement dans des cas exceptionnels

Ces dernières années, le Tribunal fédéral a durci sa jurisprudence relative à l'invalidité dans les cas d'états douloureux sans cause organique vérifiable. Face à des diagnostics de cette nature, une invalidité ne sera dorénavant plus admise que dans des cas exceptionnels.

Le trouble douloureux somatoforme désigne des douleurs physiques pour lesquelles, en dépit d'un diagnostic médical, il est impossible de trouver des causes corporelles dénuées d'équivoque¹. Par syndrome douloureux somatoforme persistant (ICD-10 F45.4), on entend une douleur continue, grave et harcelante qui n'est pas susceptible d'être expliquée entièrement par un processus physiologique ou un trouble corporel. Un conflit émotionnel ou une épreuve psychosociale est considéré comme cause de la douleur.

Durcissement de la jurisprudence

La jurisprudence conçoit les troubles douloureux somatoformes en tant que douleur psychique. Jusqu'à il y a environ dix ans, la pratique juridique les traitait souvent comme d'autres troubles psy-

chiques. Pour l'octroi d'une rente, on exigeait, en règle générale, une expertise psychiatrique, laquelle diagnostiquait un trouble douloureux somatoforme et attestait une incapacité de travail². Toutefois, on ne trouve guère d'arrêts publiés dans le Recueil officiel. Le Tribunal fédéral a toujours procédé d'une notion objectivée de ce qui peut être raisonnablement exigé et demandait, en cas d'incapacité de gain due à une atteinte à la santé psychique, qu'il soit admis que la mise en valeur de la capacité de travail ne puisse raisonnablement plus être exigée de la personne assurée au plan social et pratique ou ne soit pas supportable pour la société³.

En 2001, le Tribunal fédéral a précisé, dans un jugement principal, qu'une maladie psychique ne signifie une invalidité que

si l'appréciation a donné pour résultat qu'en raison de la douleur, l'exercice d'une activité lucrative ne pouvait plus être raisonnablement exigé de la personne assurée (ATF 127 V 294). Un effort de la volonté qui ne peut être raisonnablement exigé et, partant, une invalidité doivent être rejetés d'emblée lorsque le tableau clinique est à attribuer exclusivement à

En bref

- > Lors de troubles douloureux somatoformes et de diagnostics semblables, la jurisprudence récente n'admet une invalidité plus que dans des cas exceptionnels
- > Avec l'entrée en vigueur de la 6e révision de l'AI, il sera possible d'adapter à la nouvelle jurisprudence les rentes courantes octroyées avant le 1er janvier 2008 pour troubles douloureux somatoformes, fibromyalgies et états de fait similaires

des facteurs d'épreuve psychosociaux ou socioculturels. D'après le Tribunal fédéral, il faut au contraire, pour admettre une invalidité, un constat psychiatrique à distinguer desdits facteurs, lequel fonde l'incapacité de travail et de gain. Ce trouble

² Cf. aussi ATF 130 V 35 consid. 2.2.2.

³ ATF 102 V 65 (jugement du 6 octobre 1976).

¹ Cf. aussi ATF 130 V 396 consid. 6.1.

psychique, représentant une maladie et constaté par un médecin spécialisé, doit apparaître de manière d'autant plus prononcée que les facteurs psychosociaux ou socioculturels passent au premier plan dans un cas d'espèce et déterminent conjointement le tableau clinique.⁴ Ainsi, le Tribunal fédéral a refusé au diagnostic des troubles douloureux somatoformes la qualité requise pour fonder une invalidité aussi longtemps qu'il n'existe pas, simultanément, une douleur psychique susceptible d'en être distinguée, laquelle est responsable de l'incapacité de travail et de gain.

En 2004, le Tribunal fédéral a poursuivi cette jurisprudence et mis sur pied des règles (restrictives) claires pour l'admission d'une invalidité en cas de troubles douloureux somatoformes (ATF 130 V 352). Ainsi, le tribunal a relevé expressément qu'en général les troubles douloureux somatoformes ne sont pas à même de fonder une restriction de longue durée de la capacité de travail aboutissant à une invalidité⁵. Il existe au contraire une présomption selon laquelle le trouble douloureux somatoforme ou ses conséquences sont surmontables à l'aide d'un effort de la volonté pouvant être raisonnablement exigé.⁶ L'impossibilité – qui ne doit être admise qu'à titre exceptionnel – de raisonnablement exiger qu'une douleur soit surmontée avec la volonté et de retourner dans le monde du travail suppose soit l'existence d'une maladie psychique concomitante d'une gravité, d'une intensité, d'un caractère et d'une durée importants, ou alors l'existence d'autres critères qualifiés satisfaits avec une certaine intensité et constance, tels que par exemple:

- 1 des maladies physiques chroniques concomitantes et un déroulement de la maladie sur plusieurs années en présence d'une symptomatologie inchangée ou en progression sans affaiblissement des symptômes à plus long terme;
- 2 un retrait social établi dans tous les domaines de la vie;
- 3 un processus solidifié dans le for intérieur, insensible à la thérapie, lié à la

maîtrise en soi manquée d'un conflit, mais opérant un soulagement au plan psychique; ou finalement

4 des résultats de traitement insatisfaisants en dépit d'efforts ambulatoires et/ou stationnaires afférents, entrepris de manière radicale, et un échec des mesures de réhabilitation alors que la personne assurée était motivée et fournissait de propres efforts.⁷

La jurisprudence découlant de l'ATF 130 V 352 est désignée de pratique en matière de troubles douloureux, raisonnablement exigibles ou surmontables.⁸

Précision de la notion d'invalidité

La modification de la jurisprudence a également mené, dans le cadre de la 5e révision de la LAI, à une précision de la notion légale de l'invalidité de l'art. 7 LPGA. A la suite de la définition, en vigueur jusqu'alors, de l'incapacité de gain, comme étant «toute diminution de l'ensemble ou d'une partie des possibilités de gain de l'assuré (...), si cette diminution résulte d'une atteinte à sa santé physique, mentale ou psychique et qu'elle persiste après les traitements et les mesures de réadaptation exigibles», l'al. 2 de l'art. 7 LPGA précise nouvellement que «seules les conséquences de l'atteinte à la santé sont prises en compte pour juger de la présence d'une incapacité de gain. De plus, il n'y a incapacité de gain que si celle-ci n'est pas objectivement surmontable».

Autres arrêts

Dans d'autres arrêts, le Tribunal fédéral a appliqué la pratique développée pour les troubles douloureux somatoformes également en ce qui concerne l'effet invalidant de fibromyalgies⁹, de neurasthénies («Chronic Fatigue Syndrom») ou de troubles dissociatifs de la sensibilité, du développement et du mouvement.¹¹ Un autre arrêt principal du Tribunal fédéral

ayant suscité un écho particulier est celui du 30 août 2010, dans lequel il avait décidé d'appliquer la pratique en matière de troubles douloureux également lors de l'appréciation de l'invalidité consécutive à des lésions de la colonne cervicale («coup du lapin») sans déficiences fonctionnelles vérifiables au plan organique. Dans le même arrêt, le Tribunal fédéral a relevé en outre qu'il était indiqué, pour des raisons d'égalité des droits, d'assujettir tous les tableaux cliniques inexplicables au niveau médical sans fondement organique vérifiable également aux règles mises sur pied pour l'admission d'une invalidité en cas de troubles douloureux somatoformes.¹² Par jugement du 25 février 2011, le Tribunal fédéral a continué à appliquer sa jurisprudence en ce qui concerne l'hypersomnie non organique avec cause équivoque.¹³

6e révision de l'AI

Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, les rentes courantes qui avaient été octroyées sur la base de la jurisprudence appliquée à ce jour en raison d'états douloureux inexplicables au niveau organique ne peuvent être adaptées ni sur la base de sa jurisprudence modifiée, ni sur la base de l'art. 7, al. 2, LPGA modifié.¹⁴ Un changement devrait intervenir avec la 6e révision de l'AI. Celle-ci crée une base légale expresse pour la vérification et l'adaptation de rentes courantes qui avaient été octroyées avant le 1er janvier 2008 suite à des troubles douloureux somatoformes, des fibromyalgies et des états de fait similaires. D'après la disposition finale a. de la 6e révision de l'AI, de telles rentes sont vérifiées dans les trois ans suivant la modification. Si la vérification révèle que l'incapacité de gain est surmontable d'un point de vue objectif, une invalidité est niée et la rente est réduite pour l'avenir ou supprimée. La révision doit entrer en vigueur en 2012. ■

Elisabeth Glättli

⁴ Jugement du Tribunal fédéral du 5 octobre 2001, ATF 127 V 294 consid. 5.

⁵ Jugement du Tribunal fédéral du 12 mars 2004, ATF 130 V 352. Quoique reconstituables quant au résultat, les motifs pour cette hypothèse étaient relativement concis.

⁶ Jugement du Tribunal fédéral du 16 mars 2004, ATF 131 V 49.

⁷ ATF 130 V 352 consid. 2.2.3; ATF 131 V 49 consid. 1.2.

⁸ ATF 137 V 199 consid. 2.2.

⁹ ATF 132 V 65.

¹⁰ Jugement 9C_662/2009 du 17 août 2010 consid. 2.3, I 70/07 du 14 avril 2008 consid. 5, cf. ATF 136 V 279 consid. 3.2.1 avec renvois.

¹¹ Jugement du I 9/07 du 9 février 2007 consid. 4, jugement 9C_903/2007 du 30 avril 2008 consid. 3.4, cf. ATF 136 V 279 consid. 3.2.1 avec renvois.

¹² ATF 136 V 279 consid. 3.2.3 (jugement du 30 août 2010).

¹³ ATF 137 V 64.

¹⁴ ATF 135 V 201 (jugement du 26 mars 2009) et ATF 135 V 215 (jugement du 1er mai 2009).